

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

29.7.1931 (No. 174)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 253
und 254
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Mend,
Karlsruhe

Wochenpreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Reklameabdruck gilt und vervielfältigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konturverfahren fällt der Anzeiger fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsführung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Berliner Besprechungen

„Außerordentlich freundschaftlicher Charakter“
Der englische Außenminister Henderson ist am Dienstag von Berlin wieder nach London gereist, der Premierminister Macdonald reiste heute Vormittag zurück, und zwar sind gestern dazu aus London drei englische Militärflugzeuge in Berlin eingetroffen, auf deren einem Macdonald zurückfliegt.

Nachdem Macdonald Dienstag mittag im Kreise führender Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Gast des preussischen Ministerpräsidenten Braun gewesen war, wurde nachmittags auf einer Spazierfahrt die Unterhaltung zwischen dem Kanzler, dem Reichsaussenminister und den englischen Gästen fortgesetzt. Die Herren fuhren zuerst mit den Kraftwagen nach Wiesloch und dann auf einem Motorboot zum Wannsee, wo sie an Land gingen. Der offizielle Besuch fand mit einem Essen, das abends in der englischen Botschaft stattfand, sein Ende.

Aber die gestrigen Besprechungen sind mitgeteilt:
„Die Besprechungen zwischen Reichskanzler Dr. Brüning, Dr. Curtius, Mr. Macdonald und Mr. Henderson, die Dienstag vormittag in der Reichskanzlei begannen, wurden nachmittags in einem weiteren freundschaftlichen Gedankenaustausch fortgesetzt und beendet. Einer der Hauptgegenstände der Besprechung war die Frage, wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz am besten in konstruktiver Weise in die Praxis umgesetzt werden können. Die englischen und deutschen Minister besprachen weiterhin die allgemeine Wirtschaftslage und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete getroffen werden können. Die Inkraftsetzung des Internationalen Arbeitszeitabkommens für den Bergbau wurde ebenfalls besprochen. Das Arbeitslosenproblem wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz erörtert.“

Die Besprechungen trugen einen außerordentlich freundschaftlichen Charakter, und es herrschte allgemein Übereinstimmung darüber, daß die persönlichen Fühlungen, die in Paris und London in so glücklicher Weise geschaffen wurden, fortgesetzt und ausgebaut werden müssen.“

Abreise Macdonalds

WZW. Berlin, 29. Juli. (Tel.) Premierminister Macdonald ist um 10.07 Uhr vom Flugplatz Tempelhof nach England gestartet. Zum Abschied hatten sich eingefunden der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und der englische Botschafter. Der Flughafen Tempelhof hatte ein festliches Gewand angelegt. Am Sturmhaft war die englische Flagge gezogen, während an den anderen Fahnenmasten die deutsche Reichsflagge, die preussische Staatsflagge, der Berliner Bär und die Fahnen der Luftflotilla und der Flughafen-Gesellschaft im Winde flatterte. Die drei englischen Militärflugzeuge werden voraussichtlich, da sie starken Gegenwind haben werden, bei Hannover und Rotterdam zwischenlanden müssen, um nochmals zu tanken.

WZW. Hannover, 29. Juli. (Tel.) Um 11.40 Uhr erschienen die drei englischen Militärflugzeuge, die den englischen Premierminister Macdonald und seine Begleitung nach England bringen, über dem hannoverschen Flugfeld. Nach einem Rundflug über der Stadt erfolgte fünf Minuten später die Landung. Zum Empfang hatten sich der englische Konsul Aue und einige Pressevertreter eingefunden. Nach kurzem Aufenthalt, der vor allem dazu bestimmt war, neuen Betriebsstoff aufzunehmen, verließ der englische Ministerpräsident, der einen kurzen Imbiß im Flughafenrestaurant eingenommen hatte, Hannover in der Richtung auf Rotterdam.

Die Berliner Eindrücke Stimsons

WZW. New York, 29. Juli. (Tel.) Die hiesigen Morgenblätter bringen ausführliche Berichte aus London über die Eindrücke, die Staatssekretär Stimson während seines Berliner Aufenthalts empfangen hat. In erster Linie wird in diesen Berichten der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die akute Niedrigstwertigkeit in Deutschland bald einer zuverlässigen Stimmung weichen werde. „Herald Tribune“ bringt die Forderung des Präsidenten der Columbia-Universität, Nicholas M. Butler, den Hooverplan weiter zu entwickeln, ausführlich und an hervorragender Stelle. „Herald Tribune“ zufolge hat Butler ferner erklärt, daß er die Wiederherstellung Mittel-europas, sowie die deutsch-englische Annäherung für die dringlichsten Probleme hält.

Ersparnisvorschläge in England

WZW. London, 29. Juli. (Tel.) „Daily Herald“ zufolge wird der Bericht des Ausschusses für Erzielung von Ersparnissen, der am Freitag veröffentlicht werden soll, voraussichtlich aus einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht bestehen. Der Mehrheitsbericht enthält Vorschläge, die Ersparnisse von 16 Mill. Pf. Sterling ergeben würden. U. a. wird vorgeschlagen, die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen, die Kürzung der Beamtengehälter, Verminderung der Zahl der Beamten und Verminderung der Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt.

Neuer Goldtransport London-Paris

WZW. Paris, 29. Juli. (Tel.) Nach dem „Journal“ sind gestern wiederum 1967 Rifo Gold im Wert von 33 1/2 Millionen Francs aus London auf dem Flugplatz Le Bourget angekommen.

Letzte Nachrichten

Nach dem englischen Besuch Das Problem des Zahlungsverkehrs

WZW. Berlin, 29. Juli. (Priv.-Tel.) Nach dem Diner beim englischen Botschafter und der Abreise Hendersons haben die Reichsminister gestern abend noch eine Sitzung abgehalten, die bis lange nach Mitternacht dauerte und heute im Laufe des Tages fortgesetzt werden wird. Es liegt auf der Hand, daß die Minister sich zunächst noch einmal über den englischen Besuch unterhalten.

In beteiligten politischen Kreisen wird immer wieder betont, mit welcher Herzlichkeit sich der Besuch abgewickelt hat. Die englischen Minister haben sich ein Bild von der Wirklichkeit der deutschen Lage machen können und sind von diesen Eindrücken in der Überzeugung bekräftigt worden, daß ein enges Zusammenarbeiten der Hauptmächte notwendig ist, um über den jetzigen, auch für die anderen Länder gefährlichen Zustand hinwegzukommen. Man kann deshalb darauf rechnen, daß die internationale Aussprache fortgesetzt wird, zunächst natürlich mit den Franzosen, die noch vor der Völkervereinigung nach Berlin kommen werden.

Der englische Besuch hat zunächst rein stimmungsmäßig dazu beigetragen, das Vertrauen zu stärken und damit zweifellos auch eine gewisse Bückung auf die internationalen Stillhalteverhandlungen ausgeübt. Wie wir erfahren, stehen diese Verhandlungen durchaus günstig und man rechnet damit, daß sie bald zu einem gewissen Abschluß kommen. Es handelt sich noch um gewisse Garantien, die die Kreditgeber für die Sicherheit ihrer Gelder erwarten, also um rein finanzielle Fragen, die die deutsche Wirtschaft betreffen.

Im Mittelpunkt der Finanzberatungen steht heute und in den nächsten Tagen das Problem der Freigabe des Zahlungsverkehrs, die bekanntlich für Montag geplant ist. Es kommt darauf an, Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich aus der plötzlichen Aufhebung der gegenwärtigen Sperrung im Zahlungsverkehr ergeben könnten. Da sich eine Unterscheidung zwischen Sparkonten und laufenden Konten nicht durchführen läßt, wird man wahrscheinlich zur Unterscheidung zwischen Sparkonten und Sparkassen gelangen. In Regierungskreisen wird betont, daß man auch den Sparkassen so weit wie möglich entgegenkommen will.

Daneben berät das Kabinett auch bereits die Selbsthilfemaßnahmen, von denen in den letzten Tagen viel die Rede war. Dabei spielt zum Beispiel die Frage eine Rolle, ob es zweckmäßig ist, eine systematische und sparsame Kontrolle einzuführen. Auf diesem Gebiet hat das Reichskabinett bereits mit der vor einigen Tagen erlassenen Verordnung über die Angabe von Devisenbeständen seine Maßnahmen eingeleitet. Weiter berät die Lage der Gemeinden besonderer Aufmerksamkeit, da auch sie sich in den letzten Wochen finanziell außerordentlich zugespitzt hat.

In unterrichteten Kreisen unterstreicht man mit Befriedigung als Erfolg der internationalen Besprechungen der letzten Tage, daß eine starke Verbündung geschaffen worden ist, die es ermöglicht, die Maßnahmen durchzuführen, die von innen her Gesundung unserer wirtschaftlichen Lage herbeiführen sollen.

Die Steuben-Gesellschaft an das amerikanische Volk

Die unerfüllbaren Tributlasten

WZW. Potsdam, 29. Juli. (Tel.) Die deutsche Steuben-Gesellschaft hat der amerikanischen Presse einen Offenen Brief an das amerikanische Volk und seinen Präsidenten Hoover übergeben, in dem es heißt:

„Die Ereignisse in Deutschland haben der Welt offenbar gemacht, daß die unerfüllbaren Tributlasten nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bedrohen. Soll mit Deutschland nicht die Welt der Gefahr des Bolschewismus ausgeliefert werden, dann muß das Reparationsystem verschwinden. Nach einer Würdigung des Hoover-Planes wie der französischen Widerstände sagt das Schreiben weiter: In beispielloser Selbstdisziplin — nicht in müder Resignation — verharret das deutsche Volk. Nicht Anleihen, nicht Kredite können Deutschland helfen. Sie sind unwirksame Medizin, solange der Krankheits-erreg — das Reparationsystem — nicht entfernt ist. Völliger Fortfall der weber moralisch noch sachlich berechtigten Tributlasten ist das einzige Mittel, das die Gefahr für Deutschland und damit für Europa und die Welt bannen kann. Diese einzige mögliche Lösung erwartet das deutsche Volk und aus dieser Erwartung ist seine Selbstdisziplin aufgebaut. Das Schreiben schließt mit einem Appell an das amerikanische Volk, seiner Lösung zuzustimmen, die an der Ursache der deutschen Krise und damit der Weltwirtschaftskrise — nämlich am Tributsystem — vorübergeht. Sollte eine Befriedigung Europas und damit eine Überwindung der bestehenden Weltwirtschaftskrise eintreten, dann müßten die dem deutschen Volk auferlegten, zu keiner Zeit erfüllbaren, Tributlasten fallen.“

Mellon in Paris

WZW. Paris, 29. Juli. (Tel.) Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist gestern abend von London kommend in Paris eingetroffen.

* Frankreich

Seit über 12 Jahren wird die gesamte Weltpolitik praktisch beherrscht von der Frage: Wie ist es möglich, Frankreich zur Vernunft zu bringen, wie ist es möglich, Frankreich zu einer maßvollen Ausnutzung seiner Macht zu bewegen? Leider hat das Ausland und vor allem der im Weltkrieg mit Frankreich verbündete Teil des Auslandes die Notwendigkeit dieser Fragestellung erst sehr langsam begriffen. Heute fehlt es gottlob an diesem Begriffsvermögen nicht mehr; hoffentlich ist es nicht schon zu spät. Die französische Politik hat in den letzten 12 Jahren die Machtposition des eigenen Landes derartig stark ausgebaut, daß sie wohl überhaupt nicht mehr ernstlich zu erschüttern ist, es sei denn, durch einen Krieg. Und auch auf diese Eventualität ist von allen Nationen der Welt Frankreich am besten vorbereitet.

Die französische Suprematie ruht im wesentlichen auf drei Fundamenten. Das eine ist die Größe des französischen Reiches, das mit seinen riesigen Kolonien schon allein dem räumlichen Umfang nach zu den mächtigsten Staaten der Erde zählt. Das zweite ist die gewaltige militärische Rüstung, über die Frankreich verfügt, und das dritte Fundament ist die wirtschaftliche und finanzielle Überlegenheit. In meisterhafter Weise hat es die französische Politik verstanden, namentlich das zweite und das dritte Fundament auszubauen. Die 5 Milliarden Reichsmark, die bisher auf dem Wege der Reparationen nach Frankreich geflossen sind, sind hier auf der Grundlage einer schon an und für sich außerordentlich günstigen Wirtschaft für die Rüstungsvervollkommenung und für die Konstituierung finanzpolitischer Allmacht glänzend verwertet worden. Frankreich hat das stärkste Landheer der Welt, es verfügt über die größte Luftflotte Europas, und auch seine sonstigen Verteidigungsmittel zu Lande und zu Wasser sind so hoch entwickelt, daß es allen Möglichkeiten ruhig entgegenblicken kann. Wirtschaftlich ist die Situation so, daß Frankreich als ein beinahe autarkes Land sich zur Not selbst versorgen kann, und finanziell ist die Position Frankreichs so bedeutend, daß es sowohl einen langwierigen Krieg als auch die weitere, machtpolitische Ausnutzung des Friedenszustandes finanzieren kann.

Das Drei der französischen Politik ist nach wie vor die Beherrschung des europäischen Kontinents. Dieser zu beherrschende Kontinent reicht von der Meerenge von Gibraltar bis zur russischen Grenze. Und der französische Bürger gibt sich durchaus keinen Wahnträumen hin, wenn er dieses Europa bereits als von Frankreich beherrscht ansieht.

Durch die Revolution ist Spanien in seiner außenpolitischen Geltung gewiß nicht gestärkt worden, andererseits ist das republikanisch regierte und vom französischen Freimaurertum stark beeinflusste Land ein viel willfährigeres Instrument für die französische Politik, als das monarchische Spanien. Belgien gehört ohnehin zum französischen Konzern, und die an und für sich neutralen Niederlande werden sich hüten, eine bewußt antifranzösische Politik zu treiben; dazu ist Holland in seinen asiatischen Kolonien viel zu leicht zu verwunden. Und für die schweizerische Neutralität gilt ungefähr das gleiche. Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und bis zu einem gewissen Grade auch Rumänien sind genau so wie Belgien Schützlinge Frankreichs und somit dem Pariser Machtkonzern angeschlossen. Daß Bulgarien und Griechenland die französische Machtstellung zu respektieren haben, mögen sie auch sonst lieber ihre eigenen Wege gehen, kann man sich denken. Im übrigen liegen sie, wie Italien, England und die skandinavischen Staaten, schon an der Peripherie. Die französische Politik betrachtet mit Recht diese Peripherie mit etwas mehr Zurückhaltung. Und es fällt ihr natürlich nicht ein, die Möglichkeit einer Einflüchtung Italiens oder Skandinaviens in das französische Hegemoniesystem ins Auge zu fassen. Von England ganz abgesehen. Das unmittelbare Hindernis auf dem Wege ist lediglich Deutschland und mit ihm Österreich und Ungarn. Und deshalb ist das ganze Bestreben der Pariser Politik darauf gerichtet, dieses Hindernis zu beseitigen und auch Deutschland in dieser Form dem französischen Herrschaftssystem einzugliedern. Dann erst wäre dieses System vollkommen.

Nach den Gedankengängen der Pariser Politik ist der Friedensvertrag von Versailles nichts anderes, als ein Mittel, um die Erreichung dieses Zieles herbeizuführen. Daß das deutsche Volk die Reparationen nicht zahlen kann, weiß man in Paris eben so gut, wie in Berlin,

Aber man hat seinen Vertrag in der Laide, und man kann die Reparationsbestimmungen...
Niemand würde die Vorgänge der letzten Woche richtig verstehen können, der nicht diese Tatsachen überblickt und in Rechnung setzt.

Wie das deutsche Volk mit seiner Regierung an der Spitze, auf die Machtendungen der französischen Politik reagieren wird, darüber brauchen wir nicht in Sorge zu sein. Deutschland wird sich dem politischen Einfluß Frankreichs nun und nimmer unterwerfen. Es wird alles tun und versuchen, um aus eigener Kraft sich seine Selbständigkeit zu bewahren.

Die Sozialistische Internationale fordert die Abrüstung

Der Internationale Sozialistische Kongress in Wien setzte am Dienstag seine Beratungen über die Abrüstung fort.
Zunächst ergriff der parlamentarische Sekretär des britischen Außenministers, Professor Dr. Vater, das Wort.

Die Anmeldung von Devisenbeständen. Die Frist zur Anzeige von Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 RM, und darüber für den einzelnen Anzeigepflichtigen, unter Hinzurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am heutigen 20. Juli 1931 ab.

Verbot einer polnischen Zeitung in Ostpreußen. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat die „Gazette Ostpreußische“ in Allenstein auf die Dauer von vier Wochen, und zwar vom 29. Juli bis 25. August 1931 einschließlich, verboten.

Im nordfranzösischen Textilgewerbe ist am Dienstag allgemein die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auch die kommunistischen Gewerkschaften haben ihren Anhängern empfohlen, sich bei den Arbeitsstätten wieder einzufinden.

Kleine Chronik

Die Funktion des Luftschiffhauses in Friedrichshafen hat seit der Nacht zum Montag mit „Graf Zeppelin“ keine direkte Funktion mehr, was auf die starke Zuanpruchnahme des Luftschiffes mit den russischen Nordstationen zur Entgegennahme von Wetterberichten zurückzuführen ist.

Die englische Fliegerin Amy Johnson hat auf ihrem Flug nach Tokio in Königsberg (Ostpr.) am Dienstag um 11.20 Uhr eine Zwischenlandung vorgenommen. Sie startete dann zum Weiterflug nach Welikje-Lutzk.

Wie aus Tilsit gemeldet wird, brach Dienstag vormittag in einem der Magazingebäude des Proviantamtes in Tilsit Feuer aus, das sehr großen Schaden in dem mit Heu und Stroh gefüllten Gebäude anrichtete.

In Toulon sind sieben Matrosen und drei Zivilpersonen verhaftet worden, die aus dem Artilleriepark von Toulon Metalle (Bronze und Kupfer) gestohlen haben und ihre Beute in Marseille abzusetzen pflegten. Sie sollen auf diese Weise für 11 Millionen Francs Metall abgesetzt haben.

Im italienischen Viertel von New York wurde aus einem Automobil mit einem Maschinengewehr geschossen. Dabei wurden einige Passanten, nämlich fünf Kinder und zwei Männer, verwundet.

Vom Volkschauspiel Etzheim. Der vergangene Spieltag, der beim idealsten Spielverlauf stattfand, brachte Landesleute aus allen Gauen, die beifallsfreudig dem Geschehen folgten. Es kamen Vereine aus Eichelbronn, Mollath (Militärverein), Mannheim-Abenau (Motorradklub), Weinheim, zwei Vereine aus Leimersheim in der Pfalz, Wühl und Baierthal. Der Zulauf war gut. Sehr starken Zustrom brachte Baden-Baden, in der Hauptsache Ausländer, die sich mit großer Begeisterung über das Spiel äußerten. Es sei daran erinnert, daß der 11. August (Verfassungstag) Spieltag ist, wozu auch Schulen Zutritt haben.

Weitere Gleichrichtungen beim Zahlungsverkehr

Nur geringe Erhöhungen der Auszahlungen. Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß den für die regelmäßige Lohn- und Gehaltszahlungen bereitgestellten Zahlungsmittel noch die Anforderungen des Monatsendes hinzutreten. Es erschien daher — wie aus Berlin berichtet wird — nicht ratsam, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Auflöserung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Barauszahlungsgrenze von 200 auf 300 RM bei Kontokorrent-Guthaben, während es hinsichtlich der Auszahlungen auf Sparkonten und Sparbücher bei 30 RM verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 RM erhöht worden.

Schließlich stellt die Verordnung sicher, daß die bestätigte Rechnungsschecks auch noch in den ersten Tagen des August ausgestellt werden dürfen, und daß die Einlösung auch durch Guthabekonto erfolgen kann, das bei dem bezogenen Kreditinstitut geführt wird.

Scharfe Steuereinzahlung

Reichsfinanzminister Dietrich hat an die Präsidenten der Landesfinanzämter ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit hinweist, daß die seit dem 13. Juli in erscheinender Maße zurückgegangenen Steuerzahlungen nunmehr rechtzeitig und vollständig eingehin. In diesem Sinne wird angeordnet, daß durch die Finanzämter vorübergehend folgende Maßnahmen heranzuziehen sind:

1. beschleunigte Feststellung aller Rückstände, 2. beschleunigte Durchführung des Nachnahme- und Mahnverfahrens, 3. beschleunigte Durchführung der Beitreibung.

Die Frist für die Devisenablieferung. Am heutigen 20. Juli läuft die Frist ab, innerhalb deren Bestände an Devisen usw. im Werte von 20 000 RM und mehr der Reichsbank oder den von ihr beauftragten Banken anzubieten sind.

Der Badischer Teil. Dieser Tage tagte der Beirat des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg und verband damit die 10. Jahresfeier des Instituts. Der Vorsitzende, Direktor Dr. Müller, gab einen Überblick über die Entwicklung und Tätigkeit des Instituts in den zwei letzten Jahren.

Badischer Teil

Beiratssitzung des Badischen Weinbauinstituts. Dieser Tage tagte der Beirat des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg und verband damit die 10. Jahresfeier des Instituts.

Die Unterbringung des Instituts, ein immer wiederkehrender Punkt aus den Beiratssitzungen der letzten Jahre ist endlich befriedigend gelöst; der Umzug in das neue Gebäude ist in einigen Wochen zu erwarten. Die vielseitige Tätigkeit des Instituts und seiner Zweiganstalten fand den Beifall des Beirats.

Weinbaulehrer Köbelin berichtete darauf über die Sortenfrage im badischen Weinbau, der bei der Umstellung der Weinberge zur Zeit eine besondere Bedeutung zukommt. Die sehr lebhaft diskutierte über diesen Punkt führte zu folgender Auffassung des Beirats: Aus der Not des Weinbaues heraus ist das Bestreben der Winger zur Einführung neuer Sorten zwar verständlich, die Verantwortung des Weinbauinstituts und der landwirtschaftlichen Organisationen bei der Empfehlung und Lieferung neuer Rebsorten ist aber sehr groß.

Reinbau-Oberinspektor Dümmler berichtete dann über den Bezug von Edelholz für die Nebenveredelung. Die Bestrebungen des Weinbauinstituts nach Verbilligung der Pfropfen werden durchkreuzt durch einen unverantwortlichen Wucher, der zur Zeit mit dem Holz der begehrten Müller-Burgau-Rebe getrieben werde.

Reinbau-Oberinspektor Dümmler berichtete dann über den Bezug von Edelholz für die Nebenveredelung. Die Bestrebungen des Weinbauinstituts nach Verbilligung der Pfropfen werden durchkreuzt durch einen unverantwortlichen Wucher, der zur Zeit mit dem Holz der begehrten Müller-Burgau-Rebe getrieben werde.

Eine Presseverordnung der badischen Regierung

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums wird die Verordnung vom 26. Juli 1919 über öffentliche Bekanntmachungen auf dem Gebiete der Rechtspflege dahin abgeändert, daß Blätter, die staatsfeindlich eingestellt sind, nicht berücksichtigt werden dürfen.

Die wandelbaren Bezüge der Notare

Das Justizministerium hat im Benehmen mit dem Finanzministerium eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen, wonach der Gebührenanteil des Notars beim einzelnen Geschäft den Betrag von 10 RM nicht übersteigen darf. Erreicht innerhalb eines Rechnungsjahres die Summe der auf einen Notar angelegten Gebührenanteile 1000 RM, so darf der Gebührenanteil für die weiteren Geschäfte innerhalb desselben Rechnungsjahres 5 RM für das einzelne Geschäft nicht übersteigen.

Ferien-Sonderzüge

Die zu Beginn der badischen Ferien am 1. August nach Berlin und Hamburg/Bremen verkehrenden Ferien-Sonderzüge sind beinahe ausverkauft. Es können nur noch wenige Karten abgegeben werden.

Achtung, Einmiedler!

Im April und Mitte Juli 1931 trat in mehreren Städten Badens erneut ein Einmiedler auf, der sich als Medizinalrat, Frauenarzt, Professor usw. ausgibt. Unter der Angabe, er sei nach der betreffenden Stadt berufen, besticht er zu vermietende Zimmer. Er sucht auch Lehrerinnen-Mietersbeime usw. auf, um angeblich Entlecker oder eine reiche Dame unterzubringen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Rathauschlocht vor Gericht. Vor dem Schöffengericht Karlsruhe begann heute, Mittwoch morgen das gerichtliche Nachspiel zu den Vorfällen anlässlich der Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß am 11. Mai. Dabei kam es bekanntlich zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Bürgerausschußmitgliedern zu einer Schlägerei mit Stuhlbesen und anderen Waffen.

Unter der Anklage wegen Sachbeschädigung, gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs haben sich jetzt zu verantworten folgende der Nationalsozialistischen Partei nahe stehende Angeklagte: der Verwaltungsassistent Ludwig Streit, der Lehrherr a. D. August Kramer, der Expedient Peter Niedner, der Spartaassistent Friedrich Jäger, der Stadtschreiber a. D. Otto Kint, der Elektronmonteur Stefan Nagel, der Kaufmann Ludwig Berle, der Bankbeamte Rudolf Schindler, der Kaufmann Fritz Argus, der Angestellte Heinrich Siebach, der Bierbrauer Wilhelm Borch und der Arbeiter Karl Stöffler, sowie die der kommunistischen Partei zugehörigen Angeklagten: Stadtrat Hermann Böning, Arbeiter Karl Winter, der Straßenbahnführer Bertold Niebinger, der Stadtrat Karl Bauer, der Arbeiter Gustav Kappeler, der Arbeiter Louis Hoffmann, der Arbeiter Josef Schlimmer, der Gauleiter Ernst Feinsmann, der Maler Friedrich Stödel, der Elektronmonteur Willi Harbrecht und der Gerber Friedrich Preuß aus Karlsruhe.

Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit der Mahnung zur Ruhe und dem Hinweis, daß Politik im Gerichtssaal nichts zu tun habe. Die angeklagten 23 Personen gehören mit drei Ausnahmen sämtlich dem Stadtrat und Bürgerausschuß an, 12 Nationalsozialisten und 11 Kommunisten.

Nach Feststellung der Personalia und Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gibt der Vorsitzende zunächst eine kurze Darstellung der Vorgeschichte des Falles. In der fraglichen Bürgerausschußsitzung vom 11. Mai d. J. stand der Voranschlag zur Beratung und die Aussprache sollte mit der Stellungnahme der Nationalsozialisten eingeleitet werden, für die der Stadtrat Kramer sprach, unterbrochen von Zwischenrufen von allen Seiten, auch der Kommunisten, denen der Niedner zurief: „Ihr Rednergehirne seid nicht als Arbeiterpartei anzusprechen!“ Dies war den Kommunisten Anlaß, gegen das Rednerpult vorzudrängen, worauf dann die Schlägerei entstand. Dabei wurde nach der Anklage mit Leibriemen, Messern und Stühlen zugeschlagen. Verwaltungsassistent Streit soll dem kommunistischen Stadtrat Böning mit dem Leibriemen mehrmals von hinten Schläge versetzt, Böning seinerseits dem Spartaassistenten Jäger (Nat.-Soz.) mit dem Stuhl auf den Kopf geschlagen haben, so daß Jäger eine stark blutende Wunde davontrug. Kramer wird vorgeworfen, daß er mit dem Stuhlbesen auf den Gerber Preuß (Komm.) eingeschlagen und diesem eine blutende Stirnwunde beigebracht habe. Bei der Schlägerei wurden 62 Stühle beschädigt, am Boden festgeschraubte Bänke losgerissen, Bilder, Fenster und Wände beschädigt und der Stadgemeinde dadurch ein Sachschaden von 2360 RM zugefügt. Drei Kommunisten, darunter der genannte Preuß, wurden beschuldigt, daß sie als Tribünenbesucher widerrechtlich in den Sitzungssaal eingedrungen seien, um sich an der Schlägerei zu beteiligen. Einer von ihnen hat außerdem mit dem Stuhl eines Stuhles nach dem Kronleuchter geworfen und diesen beschädigt.

Der zuerst vernommene Angeklagte Streit erklärte: Während der Rebe Kramers habe ich auf Seiten der Kommunisten mehrfach den Ruf „Arbeitermörder“ gehört. Darauf hat Kramer den von ihm gegebenen Ausdruck gebraucht. Die Kommunisten gingen dann gegen das Rednerpult vor; wir scharten uns um Kramer, um ihn zu schützen. Ich habe gesehen, wie Böning auf Kramer und andere mit dem Stuhl losließ, und habe ihm mit dem Leibriemen zwei Schläge versetzt. — Auf Befragen des Vorsitzenden wird von der Verteidigung festgestellt, daß die Nationalsozialisten 36 Mann stark im Saal anwesend waren, die Kommunisten zählten 10 Köpfe.

Auf die Frage des Staatsanwalts Heim erklärt der Angeklagte Streit, daß von der Galerie etwa 20 bis 25 Kommunisten in den Sitzungssaal gekommen seien. Mindestens zwei

Dritte seiner Parteigenossen seien verletzt worden. So daß schließlich nur noch 10 Mann der kommunistischen Widermacht gegenüberstanden hätten.

Der Angeklagte Böning — der als Abgeordneter dem Landtag angehört — jagt aus, der Auf „Arbeitermörder“ sei weder von ihm, noch von einem seiner Parteigenossen gefallen. Er, Böning, habe sich an den Vorstandstisch begeben, damit der Oberbürgermeister den Stadtrat Kramer veranlasse, den Ausdrucks „Arbeitermörder“ zurückzunehmen. Die Nationalsozialisten hätten sofort einen Anruf an ihn gebildet, und er sei nach links in die Nähe der Jantumsbank abgedrängt worden. Auf einmal habe er, Böning, einige Schläge auf den Kopf erhalten. Da habe er zur Abwehr zum Stuhl gegriffen. Der Angeklagte Kramer sagt aus: Die Kommunisten, an der Spitze Böning, stürzten vor, aber nicht etwa auf den Oberbürgermeister, sondern auf mich. Böning hat mit den Häuflein um sich geschlagen und schließlich den Stuhl geholt. Kramer fährt fort: Bei dem Stuhlbombardement sei sehr bald eine Anzahl Nationalsozialisten faunpungsfähig gewesen. Auch er sei geschlagen worden, aber nicht von wem. Er habe sich mit einem Stuhl gewehrt, könne aber nicht sagen, ob und wie er getroffen habe.

Erpeditent Niederer (Nat.-Soz.) erklärt, der Kommunist Louis Hoffmann sei mit dem Messer auf ihn losgegangen, Stadtrat Bauer (Komm.) hätte einen Stuhl in der Hand gehabt, was dieser entschieden bestritt. Niederer hat durch einen Schlag mit dem Schlagring einen doppelten Oberkieferbruch davongetragen, dazu einen Stich gegen die Nasenwurzel.

Der Angeklagte Sparrasendirektor Jäger (Nat.-Soz.) gibt an: Böning ist mit dem Stuhl auf mich zugegangen, als fast niemand mehr im Saale war, und schrie: „Nach dem Du rauskommst!“ Durch die Schläge erlitt ich drei blutende Wunden und einige Prellungen.

Böning räumt den Schlag auf Jäger ein, will aber von diesem zuerst geschlagen worden sein.

Jäger tritt dieser Behauptung entschieden entgegen; er habe nichts in der Hand gehabt.

Der 64jährige Stadtschreiber A. D. Vint (Nat.-Soz.) erklärt, daß er sich an der Schlägerei nicht aktiv beteiligt habe. Andere Angeklagte äußern sich im gleichen Sinn, so der Elektromonteur Nagel, der gleich zu Beginn einen Schlag mit einem Stuhl auf den Kopf erhalten hat und zusammenbrach.

Im Gegenzug hierzu sagt Stadtrat Bauer (Komm.), er habe gesehen, daß die Nationalsozialisten Nagel und Bierbrauer Worch draufgeschlagen hätten.

Die Einvernahme der Angeklagten aus beiden Lagern, deren Aussagen sich zu einem großen Teil schroff widersprechen, zieht sich bis in die Nachmittagsstunden hin.

Der Andrang zur Verhandlung ist nicht besonders stark. Eine größere Polizeibereitschaft sorgt für Aufrechterhaltung der Ordnung.

Steuereinzahlungen der Städtischen Sparkasse ausgesetzt. Die Städtische Sparkasse Karlsruhe gibt heute durch Anschlag bekannt, daß sie keine Barbeiträge für Steuerzahlungen mehr ausahlt. Wie wir dazu von der Direktion der Städtischen Sparkasse erfahren, hat sich diese Maßnahme als notwendig erwiesen, weil die Anforderungen für Steuerleistungen das Maß der vorhandenen flüssigen Mittel übersteigen, eine Erschöpfung, die auch in anderen Städten, wie z. B. Mannheim, zu verzeichnen ist. Die Einstellung ist erfolgt, weil die Überweisungen an die Städtische Sparkasse seitens der Reichsbank und der Girostellen, soweit sie in bar vollzogen werden, den Anforderungen nach Barmitteln für Steuerzahlungen nicht mehr genügen. Überweisungen finden hingegen nach wie vor statt. Man darf wohl annehmen, daß mit der weiteren Forderung des Zahlungsvorgangs auch diese vorläufige Maßnahme wieder aufgehoben werden kann.

Fleischpreisfestung. Die Regierung hat ab 20. Juli für eine Reihe von Fleischwaren Preisermäßigungen beschlossen. Mind- und Höchstpreise wurden allgemein um 4 Pf. und Kalbfleisch um 4-6 Pf. je Pfund im Kreise gesenkt, die Vorzugstüde dieser beiden Fleischarten und Schaffleische, wie z. B. Kalbskopf und Leber usw. um 10-20 Pf. Diese Preisfestung paßt sich nicht nur dem Nachlassen der Kaufkraft an, sie läßt auch erkennen, daß man erfreulicherweise sich auch in den Kreisen der Metzgerei, des Viehhandels und vor allem der Landwirtschaft auf Hebung des Umsatzes einstellt.

„Im Westen nichts Neues.“ Gestern abend entstand in der Karl-Friedrich-Straße beim Kronellplatz ein Aufruhr hauptsächlich junger Burken, als die Polizei gegen eine Einzelperson wegen Widerzähigkeit einschreiten mußte. Die Ordnung ist sofort wieder hergestellt worden. — In der Nacht um halb 3 Uhr wurde dann ein am Gloraplatz angebrachtes Reklameplakat für den Film „Im Westen nichts Neues“ von bis jetzt noch nicht ermittelten Tätern heruntergerissen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Heute Mittwoch findet eine Wiederholung der beliebten und erfolgreichen Operette „Die Rose von Stambul“, von Leo Fall, statt, der nach wie vor großes Interesse entgegengebracht wird. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr. Näheres ist aus der Tagesanzeige zu erfahren.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwoch morgen: Mit der bei uns eingedrungenen Kaltluft hat sich von Westen ein Hochdruckfeld nach dem mitteleuropäischen Festland vorgeschoben, unter dessen Einfluß die Niederschläge bei uns nachgelassen haben. Die Befeuchtung wird auch morgen anhalten. **Vorausage:** Vorwiegend heiter, trocken und am Tage wärmer bei schwacher Luftbewegung.

Wasserstände: Badshut 402 plus 42, Basel 230 plus 60, Schusterinsel 292 plus 55, Rehl 387 plus 17, Raxau 558 plus 5, Mannheim 485 minus 12, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schleier-Ehrung in Oberlauda

OB. Oberlauda, 28. Juli. Unter lebhafter Anteilnahme der Gemeinde und zahlreicher Gäste fand am Sonntag eine Ehrung des großen Philanthropen Prälat Schleier statt. Ein Großneste des Prälaten, Prof. Schleier-Laubersbachshaus, hielt die Festrede. Als Vertreter der badischen Regierung war Kultusminister Dr. Schmitt erschienen, der in Schleier den Mann der Tat, des Befehmens, des Idealismus und der Selbstlosigkeit feierte und mit einem Appell zum opferbereiten Zusammenhalten im Dienste für das Vaterland schloß. Nach einem vierstimmigen Chor des Gymnasiums in Wolapül überbrachte Kolonialrat Arie de Jong die Grüße der holländischen Wolapülgemeinde, während für den wegen Krankheit am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden der internationalen Wolapülgemeinde, Wolf-Kahn, Dr. Breithaupt-Laubersbachshaus sprach. Bürgermeister Schmitt gab zahlreiche Festlegungen aus allen Gegenden Deutschlands bekannt. Die Gefangene Oberlauda trugen durch ihre Darbietungen zur Verschönerung der Feier bei.

OB. Mannheim, 28. Juli. Die städtische Verfassungsfeier findet am Montag, den 10. August, abends 19.30 Uhr, im Reufensaal des „Rosengartens“ statt. Die Festrede wird Reichstagsabgeordneter J. Joos, Köln, halten.

OB. Heidelberg, 28. Juli. Die mutige Tat der siebenjährigen Lebensretterin Anneliese Hufnagel, deren Belohnung durch das hiesige Bezirksamt bereits gemeldet wurde, wird durch die Begründung des amtlichen Antrages erläutert: die fünfjährige Emma Feiffer war an einem Sonntag Ende März in den Keller gefallen, der in hartem Schiefer begriffen war. Anneliese Hufnagel sprang ohne Zögern in den Keller zum Kind nach, erreichte es nach einigen Metern Schwimmbretter und brachte es an die feile Mauermauer, wo sie sich mit der einen Hand an einer Wandspalte anklammerte, mit der anderen aber das Kind festhielt. Bei dem hohen Wellengang war ein Zurückschwimmen an die Uferterasse unmöglich. Auf ihre Hilferufe wurde auf der Uferterasse ein Mann aufmerksam, der dann beide Kinder über die Mauer aus dem Keller zog. Die Tat des kleinen Mädchens ist um so bewundernswürdiger, als das Wasser damals nur eine Temperatur von 7-8 Grad hatte. Die Rettung war zweifellos mit eigener Lebensgefahr verbunden.

OB. Heidelberg, 29. Juli. Gestern starb in der hiesigen chirurgischen Klinik im 76. Lebensjahr einer der führenden Männer der Inneren Mission, Pfarrer Johannes Oettermeyer, der langjährige Mitarbeiter Friedrich von Vodelschwings. In den letzten drei Jahren, nach seiner Zurücksetzung, berief ihn Prälat D. Schmitt, in den badischen Landesverein für Innere Mission. Als ihm die Arbeit dort zu schwer wurde, erhielt er ein Pfarramt in Rosenberg bei Osterburken, nachdem Missionar Oettermeyer 1928 in den badischen Pfarrstand aufgenommen worden war.

OB. Offenburg, 28. Juli. Das Schwurgericht verurteilte den 48 Jahre alten Landwirt Georg Kornmaier aus Fischersbach (Amt Wolfach), der am Ostersonntag seine 50 Jahre alte Ehefrau im Verlaufe eines Streites in der Trunkenheit mit der Axt getötet hat, zu 6 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Handel und Wirtschaft

Keine Zahlungsschwierigkeiten bei der Badischen Beamtenbank. Das „Wiener Neue Journal“ und der „Elsässische Kurier“ bringen die Nachricht, die Badische Beamtenbank habe ihre Zahlungen eingestellt. Demgegenüber wird uns von diesem Institut mitgeteilt, daß daran kein wahres Wort ist. Die Badische Beamtenbank habe trotz der Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung ihre Schalter dauernd offen gehalten und täglich circa 300 000 RM. ausbezahlt. Sie sei allen ihren Verpflichtungen nachgekommen. Die für die Auszahlung der Augustgehälter nötigen Zahlungsmittel seien ebenfalls bereitgestellt.

Ordnungsfabrik Gebrüder Weber, Waldkirch in Konkurs. Nachdem das Vergleichsverfahren infolge Zurücknahme des Antrags eingestellt worden ist, ist über die Waldkircher Ordnungsfabrik Gebr. Weber G. m. b. H., Konkurs verhängt worden.

Bankensfusion in Sachsen. Die Verwaltungen der Sächsischen Staatsbank Dresden und der Allgemeinen Deutschen Creditbank Leipzig haben die Vereinigung beider Institute zur Schaffung eines großen, besonders leistungsfähigen Bankinstituts. Es dürfte damit zu rechnen sein, daß andere Banken sich der Kombination anschließen. Die Durchführung des Zusammenschlusses ist in der Weise geplant, daß unter der Firma „Allgemeine Deutsche Creditbank-Sächsische Staatsbank“ eine Kommanditgesellschaft auf Aktien gegründet wird, neben der die Sächsische Staatsbank für rein staatliche Zwecke bestehen bleiben wird. Als ersten Schritt auf diesem Wege haben die Sächsische Staatsbank und die Allgemeine Deutsche Creditbank eine offene Handelsgesellschaft gebildet, in welche das gesamte Geschäft beider Institute eingebracht wird. „Der Schritt beider Banken stellt — wie ferner mitgeteilt wird — eine bedeutende Maßnahme zur Kräftigung des Bankgewerbes in Deutschland dar. Es dürfte zu erwarten stehen, daß das aus der Vereinigung hervorgehende, mit Staatskraft versehene große Institut der sächsischen Wirtschaft einen verstärkten Rückhalt im In- und Auslande gewähren wird.“ Ergänzend wird erklärt: Im Status der Acta bildeten die Auslandsverpflichtungen nur einen unbedeutenden Posten, da sie insgesamt nicht den Betrag von 3 Millionen erreichten.

Bankfrat in der Schweiz. Die Bank S. Bodebron & Co. in Genf (gegründet 1881) hat Dienstag früh ihre Schalter geschlossen. Der Bank wurde eine Nachzahlung von 1,5 Millionen Reichsmark, welche voraussichtlich von anderen Genfer Banken übernommen werden. Die Schließung der Bank ist auf die Lage der Banque de Genève und die gegenwärtige Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Die internationalen Städtischerwerbungen gescheitert. Nachrichten der ausländischen Presse, wonach bei den internationalen Städtischerwerbungen in Brüssel eine weitgehende Verständigung erzielt worden sei, entsprehen, wie mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Wenn sich auch bei den Verhandlungen, an denen im übrigen nur die europäischen Gruppen beteiligt waren, in einzelnen Punkten Möglichkeiten für eine Verständigung ergeben hätten, so wären die Schwierigkeiten insgesamt doch so groß, daß eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Es sind deshalb auch weitere neue Verhandlungen nicht in Aussicht genommen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung. Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 79) und § 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gleichen Betriffs vom 17. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 371) wird die in Emendierungen erscheinende periodische Druckschrift „Der Vulkan“ mit Wirkung vom Heutigen auf die Dauer von 4 Wochen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Druckschrift sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Erbsatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 29. Juli 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Bekanntmachung. Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 79) und § 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gleichen Betriffs vom 17. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 371) wird die in der Aufschrift erscheinende periodische Druckschrift „Grüßelhorn“ mit Wirkung vom Heutigen auf die Dauer von 4 Wochen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Druckschrift sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Erbsatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 29. Juli 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Auf Grund der im Sommer 1931 abgehaltenen Prüfung wurde der Eichamsanwärter Anton Schäffner aus Würzburg zur Vernehmung des mittleren technischen Staatsdienstes für befähigt erklärt.

Karlsruhe, den 22. Juli 1931.
Der Minister des Innern
J. E. Weigel.

Fußleidende



Hilfe ist da! Der bekannte Fuß-Hygieniker Hugo Berlin

ist von mir verpflichtet worden, in meiner Praxis von heute ab bis einschließlich Montag, den 3. August, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr

Kostenlos und ohne Verbindlichkeiten für Sie zur Untersuchung und der Vorführung der neuesten Modelle des regulierbaren „Kreuzschere“-Schuhes, das nachweisbar an erfolgreichsten auf dem Gebiete der Schwach-, Spreiz-, Knick-, Senk- und Plattfuß und der Ballenentzündungen, sowie deren Begleitübel ist, persönlich durchzuführen. Unter Begleitübel versteht man auch Schmerzen, Hornhaut unter den Sohlen, eingew. Nägel, Ruckergänge u. dgl., sowie sämtliche Fuß-Schmerzen u. unerträglichen Beschwerden, die ich nach neuestig. Verfahren schmerzlos beseitige!

G. WITT
ärztl. geprüfter Fußspezialist, Fußpfleger und Massager

Karlsruhe, Girschstraße 19, Telefon 6584.
Fußpflege, Massagen, Heißluftbehandlungen
nltw. nltw. 2.31

Bekanntmachung. N.592. Bruchsal. Konkurs über das Vermögen der Firma **Wiedler & Stolzenhaller**, offene Handelsgesellschaft in Klingolsheim betr. In vorstehendem Konkurs soll die Schlussverteilung stattfinden. Hierzu sind 1821,43 RM. verfügbar. Zu berücksichtigenden sind: 1. bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 116,15 RM., 2. nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 84 339,62 RM. In einem Abschlagsverteilungsverfahren haben sämtliche nichtbevorrechtigten Gläubiger eine Quote von 18 Prozent erhalten. Das Ergebnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bruchsal eingesehen werden.

Neben dieser Bekanntmachung kommt die Bekanntmachung vom 25. Juli 1931 in Bezugfall.
Bruchsal, 28. Juli 1931.
Der Konkursverwalter:
A. Hoffmann, Rechtsanwalt.

N.22. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Carl Fißel, Inhaber Carl Fißel, Kaufmann in Karlsruhe**, Kaiserstr. 141, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, den 25. Juli 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

N.24. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Emil Ros, Papiergroßhandlung in Karlsruhe**, Kaiserstr. 34, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 21. August 1931, nachmittags 4 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 4, dritter Stock, Zimmer 234. Karlsruhe, den 25. Juli 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

N.23. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **L. & A. Schwarzenberger**, offene Handelsgesellschaft in Karlsruhe, Schützenstr. Nr. 73, ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf: Freitag, den 31. Juli 1931, vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 8, erster Stock, Zimmer 43. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 25. Juli 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 7.

N.586. Lahr. Güterrechtsregister Lahr Bd. III Seite 72: **Albert Jogerth**, Landwirt in Reiffenheim, und dessen Ehefrau, Ida geb. Heimburger. Durch Ehevertrag vom 16. Juli 1931 Gütertrennung.
Lahr, 22. 7. 1931. Amtsgericht.

N.588. Offenburg. Güterrechtsregister Offenburg Band I Seite 9: **Fritz Voelter**, Landwirt in Offenburg, und Theresia geb. Schmidt. Vertrag vom 6. Juli 1931. Gütertrennung. Offenburg, den 20. Juli 1931. Amtsgericht III.

N.591. Offenburg. Güterrechtsregister Offenburg Band I S. 12: **Leopold Wänle**, Kaufmann in Offenburg, und Agatha geb. Wehrle. Vertrag vom 18. April 1931. Gütertrennung. Offenburg, den 21. Juli 1931. Bad. Amtsgericht III.

Gommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Donnerstag, 30. Juli 1931

Zum erstmalig

Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár

Dirigent: Jäger

Regie: Reihner

Mitwirkende:

Löfer, Jant, Macher, Jehner, Dertenstein, Schmeier, Kurt, Mehner, Ziegler, Lindemann, E. Ribinius, Cortlitz, Mofschmann, Hellmuth, Tubach, Lindemann E., Köhler, E. Ribinius.

Anfang 20 Ende geg. 23

Breite: 1-4 RM

Fr. 31. 7. Höhe! tanzt Balzer. So. 1. 8. Die Rose von Stambul. So. 2. 8. Die lustige Witwe.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der **Karlsruher Zeitung** Badischer Staatsanzeiger

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 30

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 174

29. Juli 1931

Der Salzgau

Ein Beitrag zur Geschichte des Kraichgaues
Von W. Bidel

Zwischen Pfing und Enggau einerseits und dem Flußgebiet des Kraichbach, dem eigentlichen Kraichgau und dem Bruchrain andererseits, liegt ein Streifen welligen Landes, das für den Kraichgau im heutigen Sinne mancherlei Bedeutung erlangte. Seine geologischen und klimatischen Verhältnisse weichen von denjenigen des übrigen Kraichgauer Hügellandes nicht wesentlich ab. Die langgestreckten Berge sind alle nach dem gleichen Schema zugeschnitten, erreichen nur selten eine Seehöhe von 300 Meter und sind zum größten Teil mit Laubwald bestanden. Täler und Gänge von fruchtbarstem Löß bringen nahezu alles hervor, was die Natur in unseren Zonen zu geben vermag. Schon Chyträus, einer der größten Söhne des Kraichgaues, bezeichnete seine Heimat in einer erstmals 1555 herausgegebenen Rede als ein lieblicher Garten, der mit Weinbergen, Ädern, Wiesen und Wäldern reich gesegnet, von außerordentlich vielen Menschen besiedelt und mit zahlreichen Städten, Dörfern und Burgen besät, dem Beschauer viel Genuß und Ergötzen bereite. In dem früher verhältnismäßig großen Gebiet des Kraichgaues, das vom Schwarzwald bis zum Odenwald und vom Neckar bis zum Rhein sich erstreckte, hatte aber ein im Zentrum liegendes Stück eine besondere Rangstellung zu beanspruchen, denn es gab Brot und Salz, der Salzgau. So, wie in grauer Vorzeit — und auch heute noch in einigen Ländern des Balkans — dem Gast des Hauses diese Gaben als Symbole der neben Wasser lebenswichtigsten Nahrung angeboten wurden, so konnte der Salzgau zu Besuch und Ansiedlung laden, mit den Gaben, die in ihrer Einfachheit die elementarsten Bedingungen menschlichen Wohnens bedeuten.

Schon frühe mußten diese Eigenschaften des Landes erkannt worden sein, denn zu allen Zeiten stand es mit im Brennpunkt politischen Geschehens. Bald nach der Einstellung der Salzgewinnung scheint aber auch die Kenntnis hiervon sehr rasch erloschen zu sein, denn die auf uns überkommenen Nachrichten sind so spärlich und unbekannt, daß sie lange Zeit nicht ernst genommen wurden. In Urkunden des Klosters Lorsch bei Worms, das zu Zeiten der Karolinger in unserer Gegend ausgedehnte Güter inne hatte, dem berühmten Codex Laurishamensis, befindet sich um 800 herum u. a. ein Eintrag, nach welchem ein gewisser Guntleih „in pago Salzgowe, in Richilindheim (Rinlingen) juxta fluvium Salzaaha“ der Kirche des heiligen Nazarius zu Lorsch einige Güter verschrieb. Die Erwähnung des Salzgawes ist sonst nur noch einmal nachgewiesen, während in anderen, wenig älteren, gleichalterigen und jüngeren Urkunden desselben örtlichen Bereichs lediglich von der Zugehörigkeit zum Kraichgawe die Rede ist. Es muß daher angenommen werden, daß der fragliche Landstrich um Bretten diese Bezeichnung nur kurze Zeit oder — was wahrscheinlicher ist — neben der Bezeichnung Kraichgau als Untergau geführt hat. Der Name selbst dürfte von der das fragliche Gebiet in ost-nordwestlicher Richtung durchfließenden Salzbach hergeleitet sein. Mone hat in seiner „Urgeschichte des Landes Baden“ den Flußnamen aus dem Keltischen sal = trüb, schmutzig, unrein zu erklären versucht, das auch im Altdeutschen mit der gleichen Bedeutung vorkommt. Da die Salzbach, früher Salzaaha, Salza, Salzach und Salzbach, keinerlei Salzgehalt aufweist, konnte er den Namen und ebenso denjenigen des Dorfes Salzhofen bei Bretten, aus dem Deutschen nicht erklären und mußte im Keltischen und diejenige Bezeichnung zurückgreifen, die ihrer Bedeutung nach der Benennung der übrigen Flüsse des Unterlandes (Kraichbach = Schlamm Bach, Reimbach = Reimen Bach) entspricht. Er sagt aber ausdrücklich: „Salach und Salzhofen könnte von Salz herkommen, wenn der Bach salzig wäre, und wäre er dies, so würde aus Salzach nicht Salzbach, Sal geworden sein. Und die Bäche, die Salzwasser führen, heißen gewöhnlich Sulzbäche.“ Nun hat es früher in nächster Nähe von Bretten auch einen Weiler Salzach gegeben, dessen Lage am Fuße des sogenannten Burgwäldchens unmittelbar an der Salzbach, oberhalb der heutigen Bergmühle gegen Nuit zu suchen sein dürfte. Die Namen der beiden verschwundenen Dörfer Salzach und Salzhofen hätten demnach eine andere sprachliche Entwicklung durchgemacht, als der unbestritten verwandte Flußname. Zu einer solchen Annahme besteht aber an sich kein Anlaß. Jedenfalls kann aus verschiedenen heute noch gebräuchlichen Flurnamen (Salzacker bei Maulbronn, Salzacker bei Bretten), dann aber aus den vorliegenden urkundlichen Nachweisen heraus, selbst wenn man der Ableitung aus dem Keltischen zustimmt, der Zusammenhang mit Salz nicht abgestritten werden.

Schon von den ältesten Anwohnern unseres Landes, den Kelten, deren Besiedlung durch Ausgrabungen bei Bretten belegt ist, wird behauptet, daß sie sich neben Landwirtschaft, Weinbau, Viehzucht, Handel und Gewerbe im Bergbau und Salzfeldern betätigten. Aus der späteren Merowingerzeit sind aber Salzwerke nur bei Schwäbisch Hall durch einen Besitzstreit zwischen Burgunden und Merowingern bekannt. Im Salzgau selbst stammen die

Nachrichten über Salzvorkommen erst aus verhältnismäßig späterer Zeit. Nach einer Urkunde der Prämonstratenser Abtei Badegassen an der Saar aus dem Jahre 1278, „bekennen Simon, Emecho und Heinrich Raugraf, Gebrüder Bomelensburh, dann Wirrich Ritter, genannt von Duna, daß sie vertauscht haben dem Abt und Konvent des Klosters Badegasse einen Theil der Saline zu Brethe und ihr Eigentum zu Gundelingen für 19 Malter Korn Gült und für ihre Güter zu Tittelsheim.“ In einer weiteren Urkunde aus dem Jahre 1292 „bekennen Emecho, Domberr zu Worms, Wirrich von Duna und Konrad Raugraf, daß, weil wegen jenes Kaufes über den Theil der Saline zu Breithe (Bretten) und über die Badegasser Güter zu Tittelsheim Zwietracht entstanden, solcher aus Rath und Anordnung des Grafen Walrams von Zweibrücken, Johans von Lichtenstein und Eberhards von Rannestol usw., gütlich beigelegt worden seye.“ Gundelingen ist das bei Bretten gelegene jetzt württembergische Knittlingen und Tittelsheim das an der Salzbach in nächster Nähe von Bretten gelegene Dorf Diedelsheim. Bei der Rolle, die die Grafen von Zweibrücken in Erbfolge des Grafen Eberhard IV. von Eberstein im Kraichgau spielten — im vorliegenden Falle traten sie als Besitzer Brettiens wahrscheinlich als Lehnsherren in Erscheinung — dürfte ein Zweifel an dieser Auslegung nicht aufkommen.

Die hier gebrauchten Schreibweisen von Bretten sind sonst allerdings nirgends bestätigt, andererseits legen die heute vom Erdboden verschwundenen Dörfer Salzach und Salzhofen die Vermutung nahe, daß in einem derselben die fragliche Saline betrieben wurde. Nach Lage der Verhältnisse dürfte aber hierfür lediglich Salzhofen in Frage kommen, auf dessen Lage heute nur noch die Gemannbezeichnungen „Salzacker“ und „Bei St. Johannes Kirche“, wofür letzteres wohl die Kapelle des Dorfes war, hindeuten. Das Dorf selbst wird letztmals 1438 urkundlich erwähnt, wofür die Herren von Massenbach damit befehnt wurden. Schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts konnte die genaue Lage des Ortes nicht mehr ermittelt werden. Verschiedentlich ist auch schon die Vermutung laut geworden, daß es sich bei beiden Ortsnamen um ein und dieselbe Niederlassung gehandelt habe. Dies ist jedoch für die Beurteilung der hier interessierenden Fragen ohne Belang, um so mehr, als für eine solche Vermutung keinerlei Beweismaterial vorliegt. Von wann und wie lange die Salzgewinnung andauerte, dürfte mit dem Zeitpunkt des Unterganges des Dorfes, der merkwürdigerweise ebenfalls nicht festgestellt werden kann, zusammenhängen. Es wäre aber auch möglich, daß der Betrieb schon früher wegen Unrentabilität oder Einsturz eingestellt wurde, oder daß das Eindringen von Wasser die Erläuterung bzw. Auslaugung bewirkte. Jedenfalls ist das Vorkommen von Salz im mittleren Muschelkalk, als einer ausgesprochenen Meeresbildung u. a. in der Heilbronner Gegend, bei Kochendorf, Wimpfen und Rappenaun erwiesen, wofür die Ausbeutung teils in Bergwerken, teils in Salinen erfolgt. Je nach dem Umfang des Salzlagers könnte demnach die Salzbach vorzeiten auch Salzwasser geführt haben. Hierüber lassen sich heute natürlich keine Untersuchungen mehr anstellen. Es wäre jedenfalls sehr zu begrüßen, wenn es gelänge, die verlorengegangenen Salzlager wieder zu erschließen, um auf diese Weise der von dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht verschonten Bevölkerung des ehemaligen Salzgawes wieder Brot und Salz zu verschaffen.

Der Hohenstoffeln

Von Karl Birner

Unter den fünf Regelbergen des Hegau ist der zweigipflige Hohenstoffeln der höchste und nach seiner Ausdehnung der umfangreichste. Die südliche Spitze (834 ü. M.) trug einst die „Neue Burg“ (Vorderstoffeln); die nördliche Spitze (846 ü. M.), mit ihrer etwas breiteren Plattform, trug zwei Burgen, deren älteste, größte und stärkste die „Hintere Burg“ (Hinterstoffeln) war, der später die „Mittlere Burg“ (Mittelstoffeln) angegliedert wurde. Die Entstehungsgeschichte aller drei Burgen ist nicht genau bekannt und stützt sich vielfach nur auf Folgerungen. — Der Südgipfel des Berges vorgelagert steht der Hügel „Somboll“, auf dem früher eine Burg gleichen Namens stand. Die Geschichte dieser Niederlassung, ihre Entstehung, Zerfall und ihr schließlich Abgang ist ebenso in Dunkel gehüllt, wie das Geschlecht, das dort einst herrschte. Man erfährt nur aus alten Überlieferungen und Ruinenresten, daß dort einst ein kleines Schloß gestanden hat.

Hinterstoffeln dürfte vor dem Jahre 1100 von den Grafen von Hüllendorf erbaut worden sein, als sie die Würde der Hegaugrafen hatten. Urkundlich nachweisbar ist eine Burg von Stoffeln vom Jahre 1034 und 1056, als Sitz des Grafen Eberhard. Dann erscheint ein Ludwig, Graf von Stoffeln, der um 1080 Gaugraf war. Geschichtlich wird vermutet, daß Kaiser Friedrich I. auf der Burg Stoffeln einmal kurze Zeit seinen Hof aufgeschlagen habe. — Ferner wurde erwähnt, daß im Jahre 1056

der Regensburger Bischof Gebhard im Auftrag Kaiser Heinrichs III. durch Graf Kuno von Achalm auf Burg Stofola gefangen gehalten worden sei. In dieser Historie waltet ein Irrtum. Von „Stofola“ wurde „Stoffeln“ gefolgert und das Geschehnis, das an sich stimmt, auf Hohenstoffeln verlegt; in Wirklichkeit spielte sich die Geschichte auf Burg Stoffeln auf dem Stöffelberg bei Pfllingen ab. Die Stöffelner waren wahrscheinlich ein Zweig der Grafen von Urach und Achalm, die vielfach mit den Stoffelnern verwechselt werden.

Die ältesten Bewohner, soweit die Forschung reicht, waren die Altstoffler, von denen 32 urkundlich erscheinen; 9 davon waren geistlichen Standes. Diese Geschlechter waren jedenfalls Ministerialen der Pfllendorfer Grafen. — Von den Gebäuden auf Hohenstoffeln war der große Wohnturm, der direkt auf die Spitze und eng an der Kante des Bergabfalles errichtet war, herrschend. In nächster Nähe stand die Burgkapelle, deren Bau der Konstanzer Bischof Heinrich am 17. März 1299 genehmigt hatte; als Patron wird St. Pantkras genannt. Scheunen und Wehrgebäude füllten den übrigen ziemlich engen Raum.

Mittelstoffeln wurde später gebaut, jedenfalls für eine Seitenlinie der Altstoffler. In der baulichen Ausdehnung beider Siedlungen vereinigen sich diese und erscheinen dann als ein einziger Schloßbesitz. Ganz friedlich vertruhen sich die Bewohner beider Schloßer nicht immer, denn öfter gab es Spähne und Splitter auch wegen Kleinigkeiten. Einmal war der Schatten eines Baumes im Schloßhof das Streitobjekt. Ein weiser Richter fällt dann das salomonische Urteil, daß der schattenjuchende Beklagte sich selber einen Baum in seinem Hofe zu pflanzen habe, bis dieser aber Schatten spende, dürfe er den Schatten des Baumes des Klägers genießen.

Vorderstoffeln ist abermals später entstanden und wird erstmals 1358 erwähnt als „Neue Burg“; errichtet wurde sie durch die Stoffler (die Altstoffler werden nun nicht mehr erwähnt), die auch die ersten Bewohner waren. Über die Entstehungsgeschichte ist nichts bekannt.

Nach Beendigung der Burghbauten wurden alle drei Schloßer von einem zeitgemäß festen Mauerzug umgeben, der an den leicht zugänglichen Stellen bis zu 1½ Meter Dicke hatte. Die Entfernung beider Spitzen beträgt etwa 150 Meter, die Breite des Satteltales ist 100 Meter. Das alles eingeschlossen durch den Mauerzug ergab ein stattliches Kastell von etwa 380 Meter Breite und über 100 Meter Tiefe. Innerhalb des Mauerringes standen die Schloßer, die Vorratshäuser und Stallungen, der Brunnen, die Kirche, die Unterkunfts Häuser für das Gefolge usw. Wie groß diese vorhandenen Räume waren, ist daraus ersichtlich, daß später die 60 Mann starke Besatzung innerhalb der Burg untergebracht werden konnte. Im Aussehen machte der Hohenstoffeln einen vornehmeren und stärkeren Eindruck als der Hohentwiel; daß der Hohentwiel aber der stärkere war, ist bekannt.

Nach dem Übergang des Hohenstoffeln an die von Hornstein (1567), wohnten in den Schloßern noch eine zeitlang als Teilbesitzer die von Reischach; später nur noch die von Hornstein. Nach der Zerstörung der Schloßer war der Basaltberg mit seinen Ruinen noch Ursache manchen Familienschicksals, welche anzuführen sich hier erübrigt. Die Verteidigung des Berges während des Dreißigjährigen Krieges durch den jugendlichen Altkaiser Ferdinand, in dem sich Mut und Idealismus paarte, ist eine glorreiche Heldengeschichte voll Treue, Hingabe und Uneigennützigkeit, wie wir sie in der Geschichte nur dies einzige Mal finden.

Auch heute ist der Hohenstoffeln noch Eigentum derer von Hornstein. Der dauernde Besitz des einstigen Lebens (viel sonstiger Grundbesitz ging der Familie verloren), erklärt sich daher, daß es im schwäbischen Adel Tradition war, den Besitz nur den Söhnen zu vererben. So hielten es auch die Hornsteins; die weiblichen Nachkommen wurden abgefunden. Da die unruhigen Zeiten oft das Geld verschlangen, sah es mit dieser Abfindung oft windig genug aus; mehr als einmal blieb der Anteil nicht nur stehen, sondern auch die Zinsen kamen in Verzug, vererbten sich wieder und mußten richterlich geschätzt und entschrieben werden. Diese ungünstige Regelung für die weiblichen Nachkommen ist auch die Ursache, daß diese meist viel ärmer wurden, als die im Grundbesitz gebliebenen männlichen Nachkommen. Mehrere weibliche Nachkommen gingen wohl auch nur dieses Umstandes wegen ins Kloster.

Einer der Teilbesitzer am Berge hat seinen Anteil zum Abbau von Basalt zur Verfügung gestellt. Und bedauerlicherweise ist dies der Nordteil des Berges, also jene Stelle, die unter dem höchsten Gipfel des Berges, unter Hinterstoffeln gelegen ist. Unaufhörlich rollen von dort her an der Drahtseilbahn die Förderwagen nach der Station Mühlhausen, und jedes Wägelchen trägt einen Teil des Berges ab: die Wägelchen füllen täglich etwa 20–30 Eisenbahnwagen mit dem außergewöhnlich harten graugrünem beinahe schwärzlichen Basalt. Schon greift jetzt der Bruch, nachdem etwa 20 Jahre abgebaut ist, um die Flanke des Berges herum, so daß die Wunde schon auf der Verkehrsseite zu sehen ist. Es schmerzt den Heimatfreund, daß dieser schönste der Hegauberge zum Untergang bestimmt ist.

Druck G. Braun, Karlsruhe.